

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte auch ich im Namen der ÖDP Fraktion meinen herzlichen Dank an die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit richten, an alle Mitarbeiter, die zum vorgelegten Haushaltsplan für 2019 beigetragen haben, insbesondere an Herrn Kämmerer Christian Winklmaier, der sich viel Zeit für uns zur Vorbesprechung des Haushalts genommen hat.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan haben wir ein solides, eher unspektakuläres Werk vorliegen, auch wenn der Verwaltungshaushalt zum achten Jahr in Folge eine Rekordsumme aufweist. Unspektakulär deshalb, weil die Investitionsplanung für das Jahr 2019 ausschließlich Maßnahmen umfasst, die bereits durch den Stadtrat beschlossen wurden. Diese sind allerdings nur aufgrund der guten Einnahmesituation der vergangenen Jahre zu realisieren, die die allgemeine Rücklage der Stadt auf über 9 Millionen Euro anwachsen haben lassen. Alleine im Jahr 2017 haben die Betriebe und ihre Mitarbeiter in Mainburg für den städtischen Haushalt fast 11 Millionen Euro Gewerbesteuer erwirtschaftet. Der Einkommenssteueranteil der in Mainburg wohnhaften Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hat sich binnen der vergangenen 10 Jahre nahezu verdoppelt und wird im vorliegenden Budgetplan für das Jahr 2019 mit 9,3 Millionen Euro veranschlagt. Der Finanzplan sieht zwar in den nächsten Jahren bis auf eine kurzfristige Zwischenfinanzierung keine Neuverschuldung vor. Allerdings wird bei vorsichtiger Einnahmenschätzung die Rücklage fast aufgezehrt. Ein umsichtiges Haushalten ist also dringend geboten!

Im Haushaltsplan ragt der Neubau der Grundschule Sandelzhausen durch seine Priorität und die dafür in der Finanzplanung veranschlagte Belastung von knapp 5 Millionen Euro heraus, wobei weitere eineinhalb Millionen für eine Turnhalle zu finanzieren sind. Wir vermuten, dass der bisher geplante Kostenrahmen nicht zu halten sein wird. Die angedachte, sehr sinnvolle Kooperation mit der Prälat-Michael-Thaller-Schule eröffnet aber auch die Chance auf eine Kostenteilung mit dem Bezirk Niederbayern.

Die Grundschule Mainburg soll nun endlich eine Neugestaltung des Pausenhofs bekommen. 50.000 Euro sind dafür eingeplant. Auch für vom Staat hoch geförderte Digitalisierungsmaßnahmen rufen die Grundschulen Mittel ab. Die Ausstattung der Schulen und insbesondere der Lehrkräfte mit zeitgemäßer Infrastruktur und Lehrmitteln unterstützen wir selbstverständlich. Dazu gehört auch ein Anschluss an das Glasfasernetz. Ob es aber sinnvoll und geboten ist, Grundschulkindern mit Tablets auszustatten, das kann und muss man diskutieren. Erste Priorität sollten eigentlich gute und ausreichende Lehrkräfte sein, aber genau da fehlt es seit Jahren an den Schulen, und hier wird kaum investiert. Man darf bei der ganzen Euphorie um den Digitalpakt an Schulen auch eines nicht vergessen: Wer trägt die Folgekosten für die digitale Ausstattung, die laufenden Lizenz- und Wartungskosten? Die Stadt muss sich hier wohl für die Zukunft auf zusätzliche laufende Kosten einstellen. Insgesamt hinterlässt der digitale Förderhype für Schulen also nicht nur aus kommunaler Sicht einen faden Beigeschmack. Nach wie vor warnt übrigens das Bundesamt für Strahlenschutz aus Gründen der Vorsorge vor dem Einsatz von WLAN an Schulen, weshalb wir weitgehend kabelgebundenes Internet bzw. LAN an den Schulen fordern. Es gibt auch andere, gesundheitsverträglichere Übertragungstechnik wie z.B. VLC, die Datenübertragung mit sichtbarem Licht, die leider noch wenig eingesetzt wird. Durch die geplante Einführung der 5G-Mobilfunktechnik sind nämlich bereits weitere zusätzliche Belastungen nicht nur für unsere Kinder absehbar.

Was leider im Haushalt erneut keinen Niederschlag findet, ist die dringend notwendige Erweiterung der Nachmittagsbetreuung, insbesondere im Hortbereich. Noch bis vor kurzem wurde das Thema trotz langer Wartelisten stets mehr oder weniger vom Tisch gewischt. Es ist traurig, dass wir hier aktuell den Eltern immer noch keine Entlastung bieten können, auch wenn das Thema mittlerweile bei Ihnen, Herr Bürgermeister, erfreulicherweise nicht mehr auf taube Ohren stößt. Derzeit laufen aufgrund einer privaten Initiative wieder Gespräche, und ich hoffe sehr, dass diese Chance für die Stadt diesmal am Schopf gepackt wird, um wenigstens den dringendsten Bedarf abzudecken.

Es freut uns, dass die Stadtverwaltung und Sie, Herr Bürgermeister, doch immer wieder Anregungen aus unserer Fraktion an mancher Stelle aufgreifen. Ein Beispiel ist die nun in Angriff genommene städtebauliche innerstädtische Entwicklungsplanung über ein ISEK-Gutachten - ein sehr begrüßenswerter und wichtiger Schritt. Wir erhoffen uns dabei auch Impulse für das nach wie vor stiefmütterlich behandelte Leerstandsproblem in der Innenstadt. Leider ist die Stelle der pausierenden Stadtentwicklerin aktuell nicht adäquat besetzt und wir hoffen, dass die Geschäftsführung der städtischen Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft nach Wiederbesetzung hier positive Impulse setzt.

Die derzeit sich eintrübenden Konjunkturaussichten sollten wir als Mahnung verstehen, dass wir in diesem und im nächsten Jahr nicht allzu übermütig mit den Finanzen umgehen dürfen. Neben den bereits in Zahlen gegossenen Maßnahmen des Haushalts- und Finanzplans liegen gewaltige Herausforderungen vor uns. Ein drängendes Problem ist leider auch in Mainburg ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen, dem wir unbedingt mit sozialem Wohnungsbau entgegen müssen. Wir sind außerdem gut beraten, in den kommenden Jahren verstärkt Mittel für Maßnahmen zum Schutz der regionalen Ressourcen, wie Artenvielfalt, Gewässer, Hochwasserretentionsräume, Landwirtschaftsfläche und Bodengüte umzuschichten. Regionalität und der faire Handel müssen bei der kommunalen Beschaffung in Mainburg als Fairtrade-Stadt erste Priorität werden. Zu letzterem haben wir ja bereits Beschluss gefasst.

18% Zustimmung der Mainburger Bürger beim „Volksbegehren Artenvielfalt- Rettet die Bienen“ sind nicht nur als Auftrag an die Staatsregierung oder an unsere Landwirte zu verstehen, sondern auch an die Stadtverwaltung und den Stadtrat. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, etwa mit einem möglichst naturfreundlichen Pflegekonzept für Grünanlagen und Wege, mit Biokost in städtischen KiTas oder einen konsequent ökologischen Grundsatzbeschluss für künftige Bebauungspläne. Als einen sehr positiven Schritt sehen wir in diesem Zusammenhang, dass der Landschaftspflegeverein VöF auf Initiative des Rechnungsprüfungsausschusses nun mit einem artenschutzgerechten Management der Ausgleichs- und Naturflächen in Stadtbesitz beauftragt wird.

Aber auch der Klimaschutz wird zur zentralen Herausforderung vor Ort. Die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf die belebte Natur und die Ressourcen künftiger Generationen werden immer deutlicher sicht- und spürbar. „Wir fahren gerade einen Planeten an die Wand“, nicht weniger dramatisch formulierte es Hans-Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung kürzlich. Schon oft wurden wir hier an diesem Tisch in unserem Bemühen um mehr Nachhaltigkeit und Ökologie als Ideologen belächelt. Jetzt aber stehen hunderttausende Schüler und Studenten Hand in Hand mit 23.000 Wissenschaftlern vor uns und fordern, endlich mit dem anzufangen, was getan werden muss. Der Stadtrat hat kürzlich auch von demonstrierenden Mainburger Bürgern ein Positionspapier mit Aufruf zum Handeln erhalten.

Städte wie Mainburg müssen sich nicht nur mit Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch mit den zu erwartenden Folgen des unvermeidlichen Klimawandels beschäftigen und bereits jetzt beispielsweise die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen und Entsiegelungsmaßnahmen auch für Bestandsgebäude in Angriff nehmen. Noch in 2019 soll zudem ein erster Umweltbericht für Mainburg verfasst werden.

Die genannten Herausforderungen können aus unserer Sicht nur mit einer adäquaten personellen Besetzung in der Verwaltung bewältigt werden. Eine Planstelle für das Thema Umwelt- und Naturschutz ist überfällig. Staatliche Förderprogramme z.B. für ein Klimaschutzmanagement sollen hierbei genutzt werden. Dies fordern wir seit Jahren. Unsere Zustimmung zur vorgelegten Haushalts- und Finanzplanung ist diesbezüglich ein Vertrauensvorschuss an Sie, Herr Bürgermeister. Stellen Sie noch vor Ende Ihrer Amtszeit die Weichen. Es geht bei diesen Themen darum, die Parteipolitik beiseite zu legen und die Energien gemeinsam zu bündeln. Lassen Sie uns dieser Zukunftsbewegung nicht nur halbherzig zusehen, lassen Sie uns Mainburg zu einem Vorreiter, zu einem Leuchtturm in nachhaltiger Politik machen!

Ihnen allen vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Annette Setzensack für die ÖDP-Fraktion im Stadtrat